

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-
entgeltlidi. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsstelle Montag morgen 10 Uhr.

Abonnementspreis pro dreigepaltene Petit-
zeile 50 Pig., für die Zählstellen 30 Pig.

Erwerbswirtschaft und Bedarfswirtschaft.

Mit einer geradezu erschreckenden Deutlichkeit hat der gegenwärtige Weltkrieg die Fehler und Mängel des kapitalistischen Wirtschaftssystems enthüllt; er hat gewissermaßen den Stern des Lebens herausgeschält und vor aller Offenbarkeit bloßgelegt. Und mag man unserer heutigen Wirtschaftsweise auch noch so viel Rühmungseries nachzollen, daß fühlen wir doch alle, daß der Mechanismus irgendwo einen Sprung haben muß, er daß ganze Betriebe über kurz oder lang zum Stoden bringen wird.

Wenn man unser wirtschaftliches Leben rein äußerlich betrachtet, so muß man glauben, daß es auch während des Krieges, von den ersten Wochen abgesehen, im allgemeinen ganz gut im Gange geblieben ist. Die kapitalistischen Betriebe verstanden es, sich den neuen Verhältnissen anzupassen und den an sie herantretenden neuen Ansprüchen gerecht zu werden. Die Unternehmer, die andernfalls ihre Betriebe hätten stilllegen müssen, eröffneten sich neue Erwerbsgebiete: die einen stellten Kriegsmaterial her, die andern waren sich auf die Herstellung von Liebesgaben, wieder andere lieferten Waren, für die gerade während des Krieges eine starke Nachfrage entstanden war. Es ist kaum aufzuzählen, wie viele neue Kriegsunternehmungen wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Auch der Zwischenhandel stand sich mit den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen ab und die meisten Groß- und Kleinhändler machten bessere Geschäfte als früher. Nicht minder trug die deutsche Landwirtschaft den neuen Verhältnissen Rechnung und steigerte ihre Leistungsfähigkeit nach bestem Kräften. So sehen wir denn, daß in unserem Lande — scheinbar! — alles in vollster Ordnung ist. Für den Bedarf unseres Volkes ist gesorgt, wenn auch hier und da infolge der Absperzung vom Auslande eine Knappheit an Bedarfsgegenständen bemerkbar ist, so sind doch die Lebensmittel und andere Waren vorhanden, daß bei vernünftigem Haushalten von einem Notstand eigentlich keine Rede sein könnte. Uebrigens sind allerlei Organisationen geschaffen worden, um die Verteilung des Bedarfs zu regeln, und es sind zahlreiche Gesetze und Verordnungen erlassen worden, die den Ausschreitungen im Gebiete der Lebensmittelherstellung und Lebensmittelverteilung einen Riegel vorschieben sollen. Wenn nun aber trotz und alldein ein unverlennbares Notstand besteht, der in siegreiches Durchhalten innerhalb unseres Landes in Frage stellt und die Zukunft unseres Volkes aufs schwerste gefährdet, so ergibt sich daraus die unbestreitbare Tatsache, daß unser wirtschaftliches Leben an gendeinem Niveau stanzt.

Warum ist die Ursache zu suchen, daß unser Wirtschafts-
system, trotzdem es anscheinend sehr gut funktioniert,
im Innern wünschlich ist? Die Ursache liegt ganz
daran, daß unsere gesamte wirtschaftliche Tätigkeit
nicht auf die Bedarfswirtschaft gerichtet ist, sondern auf den
Geldbetrieb, daß, mit andern Worten gesagt, in der kapitalisti-
schen Gesellschaft die Arbeit nur des Geldverdienens wegen
leistet wird, daß die Bedarfswirtschaft nur ein Mittel ist
zum Zwecke des Gewerbs. Alles dreht sich bei uns um das
eigene Geld: Geld zu verdienen und viel
Geld zusammenzutragen — das ist die
Leidenschaft, die die Menschheit bewegt.
Während sich die früheren Menschen darauf beschränkten,

daß die Tätigkeit ihrer Bedürfnisse zu entspringen, und während
sie auch im Mittelalter als das Ziel der wirtschaftlichen
Tätigkeit galt, sein Auskommen zu haben, arbeiten wir
heute Menschen zu dem ausgesprochenen Zweck, nicht
nur zu leben, sondern auch Geld anzuhäufen. Dieser
kapitalistische Geist, der das Geld als Gegenarbeit betrachtet, be-
herrscht die heutige Menschheit.

Wenn der Bauer säet und erntet, wenn er Vieh züchtet und Gemüse baut, so tut er dies im Grunde genommen nicht, damit die Städteleute Korn und Fleisch, Milch und Butter, Eier und Früchte bekommen, um davon leben zu können, sondern er tut es des Gelderwerbs wegen. Deshalb hat er kein Interesse daran, daß er viel produziert, damit seine Mitmenschen reichlich versorgt sind, sondern er hat lediglich ein Interesse daran, daß er hohe Preise erzielt. Unter Umständen bringt ihm eine Anaphe von ländlichen Erzeugnissen mehr ein, als ein Überfluss. So erklärt es sich denn sehr leicht, daß er seine Kartoffeln und seine Butter zurückhält, daß er Milchföhre schlachtet und seine Schweine mit Vollmilch füttert, daß er die Erzeugung von Butter einschränkt oder gar einstellt und daß er Vorräte absichtlich verderben läßt. Der Durchschnittsbauer ist eben ein Geschäftsmann geworden, der sich lediglich darum kümmert, was ihm sein Vertrieb einbringt, denn es völlig gleichgültig ist, ob die Städteleute im Fett schwimmen oder ob sie Hungerpoten sogen müssen. Gegen diese ekt Kapitalistische Gesinnung sind alle Mahnungen und Drohungen wirkungslos, an der Erwerbsgier und dem Geldverdienenswollen prallen sie schmälig ab. Ganz genau so verhält es sich mit allen andern Erwerbsmännern. Betrachten wir uns einmal die sogenannten Weiterversorger, die die Utoproducte zu fertigen oder halbfertigen Waren herstellen. Welches Interesse hat der Müller oder der Bäcker an seiner Tätigkeit? Hat er vielleicht ein anderes Interesse als das, möglichst viel Geld zu verdienen? Und wie den Bäckern und Müllern, so geht es auch allen andern Handwerkern und Fabrikanten. Daher röhren die zahllosen Warenfälschungen und Preisreißereien, die der großen Masse die Lebenshaltung erschweren, aber den Geschäftsmännern den Beutel füllen. Hinzu kommt noch das zahllose Heer der Groß- und Kleinhändler, der Mäller und Agenten. Sie werden lediglich gerrieben von dem Willen zum Gelde und darum machen sie die bedenklichsten Schiebungen, wenn sie nur dabei verdienen. So sehen wir denn, daß unser gesamtes Wirtschaftsleben unter dem Einfluß des Geldes steht, weil es den Beteiligten vorwiegend, wenn nicht gar ausschließlich, darauf ankommt, einen guten Gewinn zu erzielen, unbekümmert darum, ob die Verbraucher in der Lage sind, ihren Bedarf decken zu können, was doch eigentlich die Hauptfahne ist.

In einer vernünftigen Gesellschaft würde das einzige Ziel einer jeden wirtschaftlichen Tätigkeit sein müssen, soviel Gebrauchswerte in guter Qualität herzustellen, daß jedes Glied der Gesellschaft, das seine Pflicht tut, sich ausreichend und zweckmäßig versorgen kann. Bei dieser Tätigkeit muß natürlich jeder Mitarbeiter seiner Tüchtigkeit, seinem Fleiß und seinen Leistungen entsprechend bezahlt werden. Für eine Ausbeutung des einen Menschen durch den andern und die daraus entspringende Möglichkeit, privaten Gewinn zu erzielen, blieb dann kein Platz mehr übrig. Mit andern Worten heißt das: es wird nicht mehr zum Zwecke des Geldverdienens gearbeitet, sondern zum Zwecke der Herstellung von Gebrauchswerten; die Erwerbswirtschaft wird erachtet durch die Bedarfswirtschaftswirtschaft. Das Interesse aller Beteiligten richtet sich auf die Versorgung der Gesellschaft mit Unterhaltsmitteln, aber nicht auf die Füllung des Geldsäckes.

Um eine solche Wirtschaftsweise einzuführen, stehen uns mancherlei Mittel und Wege zur Verfügung. Das durchsetzbare Mittel wäre, dem Staat die Möglichkeiten zu geben, daß gesamte Gebiet der Güterherstellung und Güterverteilung in die Hand zu nehmen und dadurch zu einer Verförderung unseres Wirtschaftslebens zu werden. Dazu gehört allerdings, abzusehen von der Schwierigkeit,

den Kapitalismus durch den Sozialismus abzulösen, eine sachgemäße, ins einzelne gehende Organisation. Diese Organisation müßte nicht nur in technischer Beziehung möglichst vollkommen eingerichtet, sondern sie müßte auch mit sozialistischem Geiste erfüllt sein. Bis dahin erscheint es uns als die Aufgabe des Staates, der Gemeinden und der Genossenschaften, allmählich ein Wirtschaftsgebiet nach dem andern dem Erwerbsleben zu entziehen und zu einer Bedarfswirtschaft zu machen. Der Staat, der bereits Eisenbahnen, Bergwerke und andere Unternehmungen in seinen Besitz gebracht hat, könnte auch noch andere Betriebe in die Hand nehmen. Ebenso verhält es sich mit den Gemeinden, denen außer den Straßenbahnen, Elektrizitätswerken usw. noch manche andere Tätigkeitsgebiete offenstehen. Und welche Möglichkeiten die Genossenschaften haben, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, ist allgemein bekannt. Gerade der Krieg hat uns gezeigt, daß überall dort, wo der Erwerbstrieb ausgeschaltet worden ist, normale Zustände herrschen, während überall dort, wo die Menschen durch Geldinteressen getrieben werden, sich geradezu wahnwidrige Verhältnisse entwickelt haben. Und das muß uns eine Lehre sein für die Zukunft.

Brunius.

Im Kampfe gegen die Egoarbeit

haben jetzt die südwestdeutschen Zünfte den Vorstand des Germaniaverbands aufgefordert, gleichfalls eine Einigung an die Regierung zu machen und sie zu ersuchen, während der Kriegsdauer von jeder weiteren Maßnahme zu Gunsten einer dauernden Ersiegung des Nachtwachverbotes abzusiechen. Die Zünfte lassen also nicht locker und sind in ihrem Vorgehen unermüdlich und konsequent. Wir wünschen nur, alle Freunde der Tagarbeit — in erster Linie unsere Kollegenfamilie — arbeite auch so unverdrossen und energisch nach der andern Richtung und mache Stunde für Stunde Propaganda für ihre Interessen! Vernünftigerweise hat allerdings der Vorstand des Germaniaverbands das Ansuchen der Badener, die bisher auf dem Plane erörterten, abgelehnt; es ist anzuerkennen, daß er nunmehr klarer als früher an dem einmal eingeschlagenen Wege festhält. In seiner Sitzung am 10. Januar hat er beschlossen, „den Antrag des Zweigverbands Baden auf Vertreibung seiner Wünsche, bestehend Tag- und Nacharbeit, abzulehnen, da der Germaniaverband nur Interessen seiner sämlichen Verbandsmitglieder vertreten kann, nicht aber Sonderinteressen einzelner Bezirke. Dem Zweigverband wird empfohlen, im eigenen Namen möglichst an Stelle vorstellig zu werden.“ Leider ist, wie wir schon früher meideten, seitens der Feinde jeglichen Fortschritts schon geschehen. Zeigt machen sie auch die Reichstagsabgeordneten im einzelnen mobil und bearbeiten sie so lange, bis sie windelreich sind, was ja nicht immer viel Mühe macht. So haben die Zünfte in Göppingen, Gundelfingen, Schorndorf und Welzheim — lauter schwäbische Weltstädte — sich „ihren“ Reichstagsabgeordneten, den Vertretern des dortigen 10. Reichstagwahlkreises, in einer Zusammenkunft vorgenommen und ihm vorgeordnet, eine Regelung der Arbeitszeit in den Werkstätten sowie erst in Friedenszeiten erfolgen, und so erklärt Herr Günzer denn auch, daß es ganz selbstverständlich sei, daß er den Wünschen aus dem Mittelstande, deren Wähler zu seiner Wahl mitgeblossen hätten, entspreche. Die Frage eines dauernden Nachtwachverbotes habe sein und auch seiner württembergischen Parteifreunde besonderes Interesse gefunden. Dieselben klagen ganz auf dem Boden der vorzüglich ausgearbeiteten Denkschrift. Letztere sei tiefdrücklich und vorsichtig gut gehalten und gewähre den Abgeordneten die nötigen Anhaltspunkte und Grundlagen. Der Industrieverband habe damit einen guten Griff getan. Gerade an den Unterlagen aus den Interessentenkreisen seide es den Reichstagsabgeordneten vielsach. Genauso besonders treffe dies bei Fragen des Mittelstandes zu. Und gerade bei diesen sei es im Reichstag manchmal recht schwierig durchzudringen. Der Redner erinnerte dabei an den vor dem Kriege geplanten neuen Sonntagstruhgeschwimmus. Er und seine Parteifreunde hätten hieran kräftig mitgearbeitet, um den Wünschen des gewerblichen und

Korrespondenzen.

Generalversammlungen.

Almenau. Am 2. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes; Kassenbericht; Vorstandswahlen; Verschiedenes. Die Versammlung war den Verhältnissen entsprechend, gut besucht. Der Vorsitzende wies in seinem Bericht besonders darauf hin, daß die Zahlstelle im verlorenen Geschäftsjahr alles eian habe, was in ihren Kräften stand, wie es ja auch bei die Rächen bewiesen werde. Er ermahnte die Kollegen besonders nochmals, nicht zu raten noch auszuruhen, es auch der letzte der uns noch fernstehenden Kollegen ergraholt sei, damit unsere Organisation gerüstet ist, um weiter für das Wohl und Wehe ihrer Mitglieder kämpfen zu können, da die Unternehmer immer wieder versuchen werden, die Nacharbeit einzuführen. Die Mitgliederbewegung war folgende: Bei Beginn des Jahres 2 Mitglieder aufgenommen wurden, zum Militär wurden 10 eingezogen, abgereist sind 4, ausgeschlossen wurde 1 Mitglied. Bestand für 1916 9 Mitglieder. Die Kasse hatte einen Markenumlauf von rund M 1219 und eine Aussgabe von rund M 1207, so daß ein Vorrat von M 11 verbleibt. Die Familienunterstützungskasse wies eine Einnahme und Aussgabe von M 290 auf. Die Abrechnungen wurden stets richtig befunden und Entlastung wurde erteilt. Beim Vorstandswahl einigte sich die Versammlung dahin, der bisherige Vorstand in seiner Funktion bleiben. Unter "Verschiedenes" befahlte sich die Versammlung der Kommissionunterstützungskasse. Der Kassierer wies auf hin, daß die Auszahlungen durch die fortwährenden Verhältnisse zum Militär immer größer geworden sind, aber auch die Einzahlungen dadurch geringer werden. Die Auszahlungen sind in der letzten Zeit über Dreifache gestiegen. Die Versammlung kam zu dem Ergebnis, die Kasse zu schließen, da die Aussgabe die Einnahme erreicht hat. Der Entschluß wurde unter größtem Befinden der Mitglieder gefasst. Es wurde aber die Erklärung ausgesprochen, daß unsere lieben Kollegen im Laufe den Schritt begreiflich finden werden, da wir Daheimblieben alles geben haben, um die Kasse bis zum Abschluß zu halten. Mit dem Wunsch nach baldigem Schluß wurde die Versammlung geschlossen.

Ödenbrück. Zur Generalversammlung am 8. Januar im Lokale des Herrn Müller, war Kollege Altmann erschienen. Aus dem Kassenbericht war klar zu erkennen, zwar während der Kriegszeit gute Aufnahmen gemacht worden; doch würde, wenn alle Kollegen einsichtsvoller gehandelt wären, hier am Orte noch mehr zu erreichen sein. Altmann behandelte Altmann das Thema "Die Organisation während der Kriegszeit und ihre Aufgaben in der Zukunft". Dass unser Verband nach wie vor jedem Sturzwochen sei, beweisen die großen Summen, welche schon zur Unterstützungsziele verausgabt wurden. Auch während der Zeit des Wiederaufbaus seien noch große Vorteile für die Kollegenschaft erungen worden. — Zur Versammlung waren die jüngeren Kollegen vollständig erschienen, aber das Verhalten der Genossenschaftskollegen muß an dieser Stelle leider sehr kritisiert werden; sie haben ihre Interessengeflecht schon während der ganzen Kriegszeit fundgegeben. Zwei Mitglieder konnten für unsere Sache gewonnen werden.

Suhl. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung in "Dombergs Ansicht" statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung eröffnete der Vorsitzende die Gruppe der Kollegen im Felde, welche zum Schluss der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir, die Daheimgebliebenen, unser Panzer weiter tragen werden. Der Bericht des Vorstandes und die volle Zufriedenheit aller Kollegen; auch der Kassenbericht erwies sich sehr erfreulich. Reitamente sind vorhanden. Unterstützungen an Familien und Kollegen wurden über M 500 gezahlt, davon über M 100 freiwillige Beiträge. Aufnahmen waren 11 gemacht worden; in den 47 Mitgliedern waren noch 12 am Schluss des Jahres vorhanden. Bezirksleiter Strehler gab seine Zufriedenheit ebenfalls und ermahnte, auf diesem Wege weiterzuarbeiten, um den schweren Krieg durchhalten zu können. Die freiwilligen Beiträge werden weitergeführt. Die Neuwahl ergab den bisherigen Vorsitzenden. Der Vorsitzende wies noch auf die neuen Hilfskräfte in den Beobachten hin; diese müssten unsern Kollegen zugeführt werden. Der Vorsitz hofft, daß in diesem Jahre, wenn auch der Krieg noch andauern sollte, die Kollegen ihren Mann einzogen zur Verbandsarbeit stellen werden wie bisher, und unsere Zahlstelle werde dann trotz dieser kleinen Zahl weiter durchhalten, bis unsere Kollegen vom Felde wiederkehren. Zum Schluss gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der Krieg ein schnelles Ende nehmen und uns ein frohes Friedensjahr aller Kollegen beschieden sein möge. Es wurden noch fünf Aufnahmen gemacht.

Bäcker.

Hof a. d. S. Am 15. Dezember tagte im Restaurant Sophienberg, eine öffentliche Bäckerhilfsversammlung. Kollege Heil-Ehemann referierte über das Thema: "Verbot der Nacharbeit im Bäckergewerbe nach Kriegszeit". Er verstand es, den Kollegen in ausführlicher Weise vor Augen zu führen, wie gefundheitswidrig Nacharbeit auf den menschlichen Körper wirkt. Die Bäcker hatten es trotz freundlicher Einladung nicht für möglich gehalten, auch einmal einer so wichtigen und interessenreichen Versammlung mit beizutreten. Auf der untern Mitgliederversammlung waren: aber noch zehn andere Kollegen anwesend, die sich alle im Sinne des Referenten aussprachen und wünschten, daß die Nacharbeit für ewig begraben sei. Eine entsprechende Resolution stand einstimmig an. Zum Abschluß referierte Kollege Claus die Anwenden auf, sehr zu wünschen, um unsere Werbe Kraft nicht zu schwächen. Aufgenommen wurde ein neues Mitglied.

Polizei und Gerichte.

St. Bäckervorschriften beim Verkauf von Backwaren nach Ausschluß. Urteil des Reichsgerichts vom 4. Januar 1916, c. p. i. c. 4. Denmt. (Richter und verboten.) Eine Rechtschrift bei Taf. 100 enthält die Erkenntnis auch in

einen Filialen in Bonn. Den dortigen Bäckervorschriften der Kommunalbehörden entsprach jedoch das von der Käsfabrik gelieferte Gebot nicht. Am 10. Juli 1915 verurteilte das Landgericht Bonn den Geschäftsführer der Käsfabrik m. b. H., Kommerzienrat Kaiser, zu M 500 Strafe wegen Verstoßes gegen die in Bonn geltenden polizeilichen Vorschriften über Backwaren. Kommerzienrat Kaiser legte Revision beim Reichsgericht ein, in der er ausführte, daß er in einem derartig großen Geschäftsbetrieb unmöglich jede Verordnung jedes Rundschreibens lesen könnte. Die Backwaren wären nach den Vorschriften hergestellt worden, die seiner Fabrik in der Gegend vorgeschrieben wären. Die Ausführung des Bonner Landgerichts, die aus Kontrollrücksicht die Vorschriften auf alle Backwaren in Bonn ausgedehnt wissen wollte, bediente nicht zu Recht; denn die einzelnen Vorschriften in den verschiedenen Gemeinden gelten doch nur für die in der Gemeinde vorhandenen oder ihr zugewiesenen Bäckereien. Das Reichsgericht hielt die Revision für begründet, hob das Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. (Urteilezeichen 5 D. 465/15.)

Aus Unternehmertümern.

Konditorei.

Eine Kriegstagung der Konditoren ist von einer "Geheimermittlung der Einigungsbewegungen deutscher Konditoren", gezeichnet Adolf Meier, Detmold, für den 19. Januar nach Stuttgart einberufen worden. Die Tagung soll sich zunächst mit der Bevölkerung über die neue Bundesratsverordnung vom 18. Dezember befassen und erörtern, welche Wege eingeschlagen werden können, um den Konditoren die Lebensmittelversorgung in der Weise zu sichern wie den Fabrikanten der Lebensmittelbranche. Ferner will man über die Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien beraten also zu der Frage der Tag- oder Nacharbeit und der Sonntagsarbeit Stellung nehmen und sich dann über den Zusammenschluß der deutschen Konditorenverbände austrecken. Die Tagung soll nach der Meinung der Einberüter der "Ausgangspunkt einer neuen Zeit für die deutschen Konditoren werden, in welcher ein jeder sich in Rücksicht auf die Eigenart des Landes entsprechend organisieren und befreien kann, die aber auch eine allseitig umfassende Organisation vorsieht, welche bei gemeinsamen Gefahren alle fest zu einem Ganzen zusammensiegt und die gemeinsamen Interessen verteidigt und jeden Übergriff auf unsere Freiheiten abwehrt". Es soll demnach ganz Großes in Stuttgart vorgenommen werden der Rat der Zeit, die jetzt in der Bundesratsverordnung für die Konditoren und gemeinsame Selbstverantwortung ihren erreichten Ausdruck gefunden hat, will man die schon lange ersehnte Einigung im Lager der Selbständigen machen und die jetzt oft verschieden Verbände und Verbündete unter einen Hut bringen. Dazwischen ist damit noch weit hin zu beweisen die Auslassungen der "Neuen Konditorenzeitung", hinter der die Vereine der Selbständigen Norddeutschland stehen. Sie bezeichnet jetzt schon wieder das Ziel der Einigung als eine "die harmonische Zukunftsmögligkeit", wegen dessen man nicht Tag und Nacht nach Stuttgart zu fahren braucht. Norddeutschland eigne sich besser zu einem Sonderbund der Nachgenossen und man müsse sich deshalb an die freien Vereine mit der Aufforderung wenden, in den bisherigen Fällen weiter zu wandeln.

Viel wird also in Ermittlung in der Einigungssache wieder nicht herauskommen. Wir werden über den Erfolg berichten.

Sozialpolitisch.

Die Volksfürsorge im Kriegsjahre 1915. Die hörenden Einwirkungen des Weltkrieges haben natürlich auch die Organisation der Volksfürsorge sehr hart betroffen. Sind doch seit Beginn des Krieges 458 Verdunstungsführer zu den Waffen gerufen worden, für die nicht immer leicht Krieg zu finden war. In 26 Verwaltungsstellen haben sich in denkbarster Weise Frauen zur Leibernahme der Geschäfte bereit erklärt. Es ist angebracht dieser Gemeinschaften ein ebenso hochfreudlicher Beweis für den Eifer der Funktionäre der Volksfürsorge wie für das Zurruhen der Arbeiter zu derselben. Dass im Jahre 1915 noch 10 558 neue Versicherungsanträge zur Bearbeitung gebracht wurden und am Schlusse des Jahres 1915 noch über 170 000 Versicherungen in Kraft waren. Die Tatsache, daß dieses Resultat in einer einjährigen Friedensarbeit und nach einer halbjährigen Kriegsdauer erreicht und erhalten werden konnte, bestätigt die Hoffnung, daß die Volksfürsorge ihren soliden Bestand über den Krieg hinaus erhalten wird, und eine gesunde Basis für einen reichen und glänzenden Aufbau in der kommenden Friedenszeit liefern wird.

In der Volksfürsorge-Kriegsversicherungsfäche sind bis zum Schlusse des Jahres 1915 für 43 590 Kriegsteilnehmer 64 090 Anteilsscheine erworben und dafür im ganzen M 320 450 eingezahlt worden, welcher Beitrag restlos nach Schlusse des Krieges unter den Familien der gefallenen oder an den Folgen des Krieges gestorbener Kriegsteilnehmer zur Verteilung gelangt.

Unzureichende Regelung der Fleischversorgung. Die Regelung der Fleischversorgung ist bisher noch in den ersten Anfängen stehen geblieben. Wir sind leider noch nicht über die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine und Schweinefleisch hinausgekommen, trotzdem sich gerade im Anschluß daran eine ganze Reihe ernster Missstände eingestellt hat. Es ist doch zum Beispiel ein unhalbbarer Zustand, daß frisches Schweinefleisch in den Schuhläden noch immer zu den Seltenheiten gehört. Der Kriegsausschuss für Konsumministerien hat schon vor einigen Wochen in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern auf die Nebenländer in der Fleischversorgung aufmerksam gemacht und der zugleich auch eine Reihe von durchdachter

Vorschläge zur Besserung unterbreitet. So hat er unter anderem die Festsetzung von Stallpreisen und die Einführung von Schlüsselscheinen im Fleischhandel verlangt. Er forderte ferner das Verbot des Verkaufes von Schweinen, außerdem die Einführung gestaffelter Höchstpreise für die wichtigsten Gattungen des frischen Fleisches und vor allem aber eine Beschränkung in der Fleischverarbeitung von Wurst und Fleischwaren. Der Mangel an Schweinefleisch hat die Nachfrage nach andern Fleischarten so gesteigert, daß besonders das Rindfleisch in den letzten Wochen enorm verteuert wurde. Aber man wartete bisher vergeblich auf die immer eiliger werdende Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder und Rindfleisch. Es scheint, als ob auch da erst wieder eingegriffen werden soll, wenn eine leichte Regelung nicht mehr möglich ist. Wenn sich erst die Produzenten und Händler an die übermäßig hohe Bezahlung ihrer Waren gewöhnt haben, dann steht die notwendige Heraushebung durch einigermaßen erträgliche Höchstpreise immer auf alle nur erdenklichen Schwierigkeiten. — Die Fleischpreise steigern auch den Anteil zum Verbrauch von Milchfleisch. Es ist jetzt schon bestägt, wie viele Kühe in den letzten Wochen auf den Markt gebracht wurden. Wenn das noch eine Zeit so andhält, geraten wir mit der Fleischversorgung in die allergrößte Gefahr. Alles das sollte die Regierung doch endlich erkannt, schnellstens eine gründliche Regelung der Fleischversorgung vornehmen, ehe es wirklich zu spät ist.

Allgemeine Rundschau.

Im Urlaub zeitende Soldaten. Verbandsmitglieder und Reichsverbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engerstorfer 15, aufmerksam gemacht, wo sie bereits von 43-4 an freudliche und reine Unterkunft finden. Einzelzimmer stehen mit M 1,50, Zimmer mit zwei Betten pro Bett mit M 2 zur Verfügung. Nächste Bahnhöfe: Schlesischer Bahnhof und Görlitzer Bahnhof. Erinnerung von jedem dieser Bahnhöfe eine knappe Brieftasche. Verschiedene Circhenbahnen führen zum Gewerkschaftshause hin.

Neuregelung der Brotderteilung. Amtlich wird gemeldet: Die Beitaufnahme vom 15. November 1915 hat ergeben, daß die Brotgetreidevorräte im Deutschen Reich aufreichen, um die Bevölkerung und das Heer bis zur nächsten Frühzeit zu ernähren. Es hat sich aber gezeigt, daß die freieren Maßnahmen, welche bei Beginn des zweiten Weltkrieges getroffen wurden, freigabe von Brotkatern und Brotländern, geringere Ausschaltung und Erhöhung der Proportion bei Verbrauchern und Landwirten die Ausschaltung erweitert, als wenn unser Vorrat überreichlich und Vorrat nicht vorhanden wäre. Diese Ausschaltung ist irrtümlich; wir müssen auch im zweiten Jahre streng haushalten, wenn wir nicht nur ausreichen, sondern auch zu einer ausreichenden Reserve in das nächste Wirtschaftsjahr hinzugeben wollen.

Das Autoktorium der Brotgetreidevielle hat daher beschlossen, unter vorläufiger Aufstellung der freieren Maßnahmen zu den Vorschriften des Verteilungsplanes des vorigen Jahres zurückzufallen und die Tagesrationen wie im Frühjahr 1915 festzulegen. Für die Bedürftige der Schwerarbeiter nach stärkeren Rationen wird, wie bisher, ausreichend gezeigt werden.

Der Reichstag hat sich in seiner gegenwärtigen Tagung, die in der letzten Woche ihren Abschluß noch nicht gefunden hat, eingehend mit allen Erneuerungsfragen beschäftigt und eine Reihe Anträge angenommen und Vorempfehlungen gegeben, auf die noch bei andern Gelegenheiten besonders zu rückspringen kommen. Als recht erfreuliches Resultat ist zu hoffen, daß auf sozialpolitischen Gebiete eine Förderung der Arbeiterschaft endlich in Erfüllung zu geben scheint. Bekanntlich hat ein jahrelanger Kampf darum getrieben, daß die Altersgrenze der Altersversicherung von 70 Jahren auf 65 Jahre heruntergesetzt werden sollte, aber die Regierung und die Parteien der Freien haben sich einem solchen Verlangen widergesetzt. Dann, vor dem Kriege, war der Widerstand ziemlich gebrochen, aber leider kehrte sich die Regierung später wieder auf den Standpunkt, daß jetzt abweichen werden müsse, ob die Kriegsäldter eine Durchführung der Forderung zulassen. Der jetzt einmütig gejagte Beschluss im Hauptausschuß des Reichstages, an der Herabsetzung festzuhalten, hat aber doch die Regierung andern Sinnen gemacht, und bei der Verabsiedlung im Plenum erklärte Staatssekretär Delbrück, daß keine grundlegenden Bedenken mehr dagegen beständen. Er könne versprechen, daß er den Beschluss des Reichstags dem Bundesrat unterbreiten und im März über dessen Stellungnahme Auskunft geben werde. Genossen Molkenbuhr sprach dann nochmals für den Antrag, der wieder einstimmig angenommen wurde. Es darf also wohl damit gerechnet werden, daß die Herabsetzung tatsächlich wird.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Internationale Gewerkschaftsbund. Genossen Legien hat einen Bericht über die Perioden 1913/1914 und 1914/1915 herausgegeben, der unter Beglaubigung des üblichen Sachverständigen sich in der Hauptstadt lediglich auf den Kassenbericht bezieht. An der erstmals genannten Periode (1. Juli 1913 bis 31. August 1914) betrugen die Einnahmen des Bundes insgesamt M 102 524; hierzu aus Beiträgen M 31 312 aus Sammlungen zum Wiederanbau der Organisationen in Serbien und Bulgarien (nach den Balkankriegen) M 56 004, aus Überlebensarbeiten M 11 211 usw. Die Ausgaben in der gleichen Periode betrugen M 95 789; hierzu für internationale Verbindungen pro 1913 M 10 457, pro 1914 M 11 370, an Agitationskosten für Serbien M 24 723, Delegationskosten M 1378, Gehälter, Überlebenshonorare usw. M 25 501, jährliche Verwaltungskosten M 13 407 usw. — In der zweiten Verwaltungsperiode (1. September 1914 bis 30. Juni 1915) betrugen die Einnahmen M 17 628, hierzu von Beiträgen M 10 000 für Überlebensarbeiten M 7561 usw.; die Ausgaben betrugen M 15 968, hierzu von Gehältern, Überlebenshonoraren usw. M 9685, jährlich

